

# REDE ZEIT

Die Zeitung der SPD-Ratsfraktion Braunschweig

# 3 / 2018

## Themen der Ausgabe:

Mehrheitsfähig: SPD bildet Mehrheit für den Haushalt 2019

Zukunftsträchtig: Endlich kommt die 6. IGS

Einig: ISEK und Stadtbahnausbau beschlossen

Nachhaltig: SPD beantragt stadtweites Pfandbechersystem

Notwendig: Die Jasperallee erhält neue Bäume

Geschichtsträchtig: Kommt das Ackerhofportal zurück?

## »Rückblick auf das Jahr 2018: Gute Politik gegen Populismus«

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2018 war ein politisch schwieriges Jahr: Weltweit sind Verunsicherung und Verdruss zu spüren und der Populismus greift um sich. Dabei ist es angesichts solcher Megathemen wie sozialer Sicherung, Migration, Klimawandel und Digitalisierung umso wichtiger, dass jene politischen Kräfte gestärkt werden, die keine Ängste schüren, sondern konstruktiv die Zukunft gestalten wollen.

In der Braunschweiger Kommunalpolitik sind diese glücklicherweise deutlich in der Mehrheit, und so gab es auch in diesem Jahr wieder wichtige Weichenstellungen, die unsere wachsende Stadt voranbringen. Maßgeblich zu nennen ist hierbei der von Oberbürgermeister Ulrich Markurth unter dem Motto „Denk Deine Stadt“ angestoßene Bürger-Beteiligungsprozess. Aus diesem ist mit dem „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK) nun ein echter Masterplan für Braunschweigs Zukunft hervorgegangen. Das ISEK wurde kürzlich im Rat beschlossen und spiegelt wider, was den Menschen hier wichtig ist. Nun geht es an die Umsetzung, die unsere Stadt Schritt für Schritt



voranbringen wird. Das gilt ebenso für den Ausbau der Stadtbahn, ein weiteres gutes Beispiel für Bürgerbeteiligung in Braunschweig. Die ersten Trassen wurden nach diskussionsfreudigen Bürgerforen vom Rat nun mit den Stimmen der SPD beschlossen und wir sind froh, dass es hier vorangeht.

Im Bildungsbereich haben wir dazu noch in diesem Jahr die Entscheidung für eine weitere Integrierte Gesamtschule getroffen, welche von vielen Eltern dringend gewünscht ist – der Weg für die von der SPD seit langem geforderte sechste IGS ist damit frei. Zudem haben wir als SPD-Fraktion eine Initiative für deutlich kostenreduzierte Schülerfahrkarten für Bus und Bahn erfolgreich auf den Weg gebracht und konnten nach den sehr konstruktiven Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern nun endlich einen Durchbruch

erzielen. Aktuell bestimmen die Beratungen für den Haushaltsplan 2019 das Geschehen im Rathaus. Es gilt, die richtigen Prioritäten für wichtige Investitionen zu setzen, ohne dabei dauerhaft Defizite aufzubauen. Die SPD-Fraktion ist sich als größte Ratsfraktion dieser Verantwortung bewusst.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitstreitern für das intensive Jahr 2018 und freuen uns umso mehr auf die Zusammenarbeit im Jahr 2019. Ihnen wünschen wir ein besinnliches Weihnachtsfest, einen fröhlichen und optimistischen Jahreswechsel und für das Jahr 2019 viel Glück und Erfolg, vor allem Gesundheit.

Mit herzlichen Grüßen

*Christoph Bratmann*

Christoph Bratmann

# »Haushaltsmehrheit steht: SPD gestaltet die Zukunft der Stadt«

VON ROBIN KOPPELMANN

Die Mehrheit für den Haushalt 2019 steht, die Vorlage wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und P<sup>2</sup> während einer Sondersitzung des Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, 5. Dezember angenommen. BIBS und AfD enthielten sich, nur CDU und Linkspartei stimmten dagegen. „Auch in diesem Jahr haben wir uns als größte Fraktion im Rat der Stadt der Herausforderung gestellt, mit etlichen Fraktionen Gespräche zu führen, um eine Haushaltsmehrheit zu bilden. Dies ist nun gelungen – auch ohne die CDU, die einen haushaltspolitischen Schlingerkurs gefahren ist“, erklärt Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

Die inhaltlich stetig wechselnde Haltung der CDU in den Haushaltsgesprächen, nun mündend in einer Ablehnung des Gesamthaushalts, habe zur Folge, dass auch kein einziger CDU-Antrag im Haushalt Niederschlag finden wird. Es sei leider kein deutlicher Wille zur Mitgestaltung der Stadt erkennbar gewesen, so Bratmann.

Laut Bratmann sei es der SPD-Fraktion auch ohne die CDU gelungen, die letzten Hürden für eine Haushaltseinigung zu nehmen und dabei weitere zukunfts-

weisende Anträge auf den Weg zu bringen. Zentral sei dabei ein rot-grüner Antrag zur strategischen Haushaltssteuerung, der den von Oberbürgermeister Ulrich Markurth angestoßenen Weg zur Haushaltskonsolidierung aufnimmt (Vorlage 18-09694): „Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, bis zur Kommunalwahlperiode 2021-2026 einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, der dann auch ohne eine Verrechnung mit der Überschussrücklage auskommen wird“, so Bratmann. Um dies zu erreichen, werden verschiedene Schritte beantragt, darunter eine Organisationsuntersuchung innerhalb der Verwaltung, in der einige Prozesse auf den Prüfstand gestellt werden sollen („ISEK nach innen“). Auch sei ein Vergleich der Einnahmesituation mit anderen Kommunen geplant.

„Dem Rat soll bis zum zweiten Quartal 2019 ein Umsetzungsfahrplan vorgelegt werden. Wichtig ist hierbei, dass keine pauschalen Kürzungen vorgenommen werden, sondern ein Entwurf entsteht, der sich an dem real Machbaren orientiert“, so Bratmann. Er betont in diesem Zusammenhang erneut, dass der aktuelle Haushaltsentwurf trotz des erwarteten Fehlbetrags als ausgeglichen gilt, da dieser

mit der vorhandenen Überschussrücklage verrechnet werden kann. Diese Rücklagen sind unter OB Markurth auf ein Rekordniveau von 240,5 Millionen Euro angewachsen.

„Gemeinsam mit den Grünen beantragen wir zudem, die Dynamisierung auch im Sportbereich einzusetzen – so wie sie im Sozialbereich von uns ebenfalls vor ein paar Jahren bereits wieder eingeführt wurde. Es ist nur logisch und gerecht, wenn auch Sportvereine zukünftig von Unterhaltungszuschüssen und Übungsleiterpauschalen profitieren können“, so Bratmann weiter.

Auch setzen SPD und Grüne durch, den Haushaltsansatz für die Nachbarschaftshilfen um 85.200 Euro zu erhöhen. Dieser ist zunächst mit einem Sperrvermerk versehen und kann vom Sozialausschuss im zweiten Quartal 2019 freigegeben werden, wenn ein zuvor stattgefundener Dialog mit Verwaltung, Politik und den Nachbarschaftshilfen ein Konzept zur Zukunft der Einrichtungen erarbeitet hat.



Christoph Bratmann,  
Fraktionsvorsitzender



Fotos: Robin Koppelman (1), Büro Bratmann (1)

## »Gelebte Bürgerbeteiligung: ISEK und Stadtbahn im Rat«



Nicole Palm, stv.  
Fraktionsvorsitzende



Frank Flake, Ratsherr



Annette Schütze, sozialpolitische Sprecherin

VON ROBIN KOPPELMANN

Seit Ulrich Markurth Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig ist, wird in der Löwenstadt Bürgerbeteiligung groß geschrieben: „Ich kann mich noch gut an den 1. Juli 2014 erinnern – ein besonderer Tag für Braunschweig: Ulrich Markurth wurde Oberbürgermeister und damit fiel der Startschuss für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK)“, blickt Nicole Palm, stv. Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion zurück. Ein vierjähriger Bürgerbeteiligungsprozess, der mit dem Beschluss des ISEK im Rat am Dienstag, 6. November seinen vorläufigen Höhepunkt fand. In jener Sitzung, in der mit dem Stadtbahnausbau auch ein weiterer Bürgerdialog in die heiße Phase eintrat.

Aber zunächst zurück zum ISEK. Ausgehend aus dem Beteiligungsprozess „Denk Deine Stadt“, in dem über

Monate Bürgerinnen und Bürger, Experten, die Verwaltung und die Politik in verschiedenen Formaten zu nahezu allen Aspekten der Stadtentwicklung diskutierten, entstand das nun vorliegende Entwicklungskonzept: „Damals, im Jahr 2014, konnten sich viele unter dem Begriff ISEK noch kaum etwas vorstellen. Nun bildet es das Arbeitsprogramm für Politik und Verwaltung für die nächsten Jahre ab, vor allem im Bereich der Stadtplanung“, so Palm.

216 Seiten ist der von der SPD-Ratsmehrheit verabschiedete Leitfaden für die kommenden Jahre stark – und beinhaltet zentrale Planungsziele in Bau und Verkehr gleichermaßen, wie die ökologische und soziale Entwicklung der Stadt: „Eines der Leitziele dabei ist es, Teilhabe und Vielfalt zu stärken. Dazu gehören die Aufstellung des Aktionsplans ‚Braunschweig inklusiv‘, das Sichtbarmachen kultureller Vielfalt, das Thema ‚Aktiv im Alter – Begegnung und Austausch gegen Vereinsamung‘ sowie die Vermeidung und Beseitigung baulicher Barrieren“, nennt Annette Schütze, Vorsitzende des Sozialausschusses, einige Beispiele aus ihrem Bereich. Nun gehe es daran, das ISEK auch umzusetzen.

Und während das ISEK bereits am Ziel ist, gehen auch die Planungen zum Stadtbahnausbau zielstrebig voran: Ebenfalls am 6. November stimmte der Rat für die Verwaltungsentwürfe zum Ausbau nach Rautheim und Volkmarode-Nord. „Die endgültige Trassenführung ist kein Zufallsprodukt. In mehreren Bürgerworkshops wurden verschiedene Varianten diskutiert. Diese Anregungen waren die Grundlage für die Arbeit der Verwaltung“, erklärt SPD-Ratsherr Frank Flake, Aufsichtsratsvorsitzender der Braunschweiger Verkehrs-GmbH. So ergab sich für die Trasse nach Rautheim beispielsweise eine Route mit Anbindung der Mastbruchsiedlung.

Dass die CDU-Fraktion, mit Blick auf die Volkmarode-Trasse, kurzfristig zur Ratsitzung vorschlug, die Strecke nach Wendhausen zu verlängern, befremdet Flake daher: „Es gab einen breiten Bürgerdialog und detaillierte Vorplanungen. Eine solche Streckenführung kann man daher nicht einfach im Hau-ruckverfahren beantragen und damit die Ergebnisse der Bürgerworkshops übergehen.“



Fotos: Frank Flake (1), Klaus G. Kohn (3)

# »SPD-Einsatz hat sich gelohnt: Die 6. IGS ist auf dem Weg!«

VON ROBIN KOPPELMANN

Mit einer Anfrage zum Haushalt 2019 hat die SPD-Ratsfraktion neuen Schwung in die Debatte zur Einrichtung einer 6. IGS in Braunschweig gebracht: „Im Schulausschuss wurde nun nach einer mehrjährigen Debatte endlich ein Grundsatzbeschluss gefasst. Der Weg für eine 6. IGS in Braunschweig ist damit frei“, begrüßt Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion, die entsprechende Vorlage der Verwaltung (18-09482). „Unser politischer Einsatz für diese sechste Gesamtschule hat sich gelohnt. Wir sind fast am Ziel.“

Die Braunschweiger SPD setzt sich seit Jahren für die Einrichtung einer sechsten Gesamtschule ein und hatte eine solche auch zur Kommunalwahl 2016 versprochen – aus gutem Grund, wie schon die Zahlen zeigen: „Zuletzt mussten rund 250 Schülerinnen und Schüler an den IGS mangels freier

Plätze abgelehnt werden. Das unterstreicht deutlich den Elternwillen nach einer weiteren Gesamtschule in Braunschweig. Das Modell der Integrierten Gesamtschule entspricht unserem Zeitgeist“, so Bratmann.

Zustimmend betrachtet die Fraktion daher die Überlegungen der Verwaltung, erstmals in Braunschweig eine IGS mit angeschlossenem Primarbereich zu schaffen: „In Hannover wird ein solches Modell beispielsweise an der IGS Roderbruch bereits sehr erfolgreich praktiziert“, erläutert Bratmann. Die Schülerinnen und Schüler können hier von Klasse eins bis zum Abitur gemeinsam lernen, ihre Stärken und Schwächen ausdifferenzieren und so ihre Persönlichkeit entwickeln. „Die Schülerinnen und Schüler bekommen eine Bindung an die Schule und stellen für den Standort selbst so einen Grundstock an Nachfrage sicher.“ Ein Modell, das nach Ansicht der SPD-Fraktion auch die Schul-

landschaft in Braunschweig bereichern wird.

Offen sei noch die Standortfrage: „Nach allen bisherigen Gesprächen kann es wohl nur auf einen Neubau hinauslaufen“, so Bratmann. Eine Umwandlung eines bisherigen Schulstandorts in eine IGS scheidet hingegen aus: „Insbesondere die Gymnasien sind selbst derart stark so ausgelastet, dass eine Wandlung eines Gymnasiums in eine IGS für uns nicht zur Diskussion steht. Wir wollen außerdem keine Schulformen gegeneinander ausspielen, sondern Braunschweigs Schullandschaft qualitativ weiterentwickeln.“ Auch die Tür für eine Oberschule sei damit nicht automatisch geschlossen: „Derzeit ist eine solche Schulform von Lehrern und Eltern gleichermaßen nicht ausreichend nachgefragt. Sollte sich dies aber ändern, muss die Situation natürlich neu bewertet werden.“



Christoph Bratmann,  
Fraktionsvorsitzender



Fotos: Robin Koppelman (1), Klaus G. Kohn (1)

# »Beschädigte Bäume ersetzen: Die Fakten zur Jasperallee«

VON ROBIN KOPPELMANN

Die SPD-Ratsfraktion hat der Vorlage 18-08855 zur Neugestaltung des Mittelstreifens der Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater am Dienstag, 6. November im Rat zugestimmt. Diese Zustimmung basiert aus Sicht der SPD-Fraktion auf den folgenden, nachvollziehbaren Gründen.

> In ihrer Darstellung hat die Verwaltung versichert, dass die Bäume unmittelbar nach ihrer Fällung und damit schnellstmöglich durch neue, bereits angewachsene Bäume ersetzt werden sollen. Szenarien, nach denen es langfristig zu einer „kahlen“ Jasperallee kommen würde, entbehren aus unserer Sicht daher jeglicher Grundlage. Es handelt sich vielmehr um einen Ersatz der bestehen-

den und größtenteils geschädigten Bäume.

> Diese biologische Notwendigkeit einer Ersetzung der Bäume ist durch einen unabhängigen und anerkannten Gutachter belegt worden. Auch wenn das Ersetzen – nachvollziehbarerweise – emotionale Reaktionen hervorruft, so ist er offenbar doch faktisch notwendig und mit der Bodenbeschaffenheit in der Jasperallee begründbar. So werden zudem auch Steuergelder gespart, da ein künstlicher Erhalt der bestehenden Bäume zwangsläufig weitere Kosten nach sich ziehen würde.

> Am Gesamtbild der Jasperallee wird sich nach dieser Maßnahme kaum etwas verändern: Die neuen Bäume sind zwar etwas weniger hoch, werden das denkmal-

geschützte Ensemble der Jasperallee aber nicht nachhaltig verändern.

> Der Stadtbezirksrat 120 „Östliches Ringgebiet“ hat nach intensiver Diskussion der Vorlage ebenfalls zugestimmt.

> Auch in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am Mittwoch, 24. Oktober wurden alle Argumente erneut gewürdigt. Es bestehen abschließend aus unserer Sicht keine Zweifel, dass es sich bei dem Ersetzen der Bäume auf der Jasperallee um eine notwendige Maßnahme handelt. Diese wird keine bleibenden Schäden verursachen, sondern vielmehr das grüne Gesicht der Jasperallee nachhaltig erhalten.



Foto: privat

# »Nachhaltig für Braunschweig: SPD beantragt Becherpfandsystem«

VON ROBIN KOPPELMANN

Tausende von Kaffeebechern werden täglich verbraucht – und landen anschließend im Müll. Um ein deutliches und nachhaltiges Zeichen für mehr Umweltschutz in Braunschweig zu setzen, hatten die SPD-Ratsfraktion zur Ratssitzung am Dienstag, 6. November erfolgreich die Einführung eines Mehrwegbecher-Systems für Braunschweig beantragt.

„Das Prinzip dieses neuartigen Bechersystems ist ganz einfach“, erläutert Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion: „Wie im Fußballstadion erhält ein Kunde seinen Kaffee bei den teilnehmenden Gastronomen in einem Hartplastikbecher, auf den ein oder zwei Euro Pfand berechnet werden. Diesen Becher kann er nach der Nutzung an jedem beliebigen, ebenfalls teilnehmenden Gastronomiebetrieb zurückgeben und erhält das Pfand wieder ausbezahlt – ganz so wie es im Stadion an den verschiedenen Ständen

möglich ist.“ Und natürlich könne der Kunde den Becher auch behalten, daheim auswaschen und beim nächsten Kaffee-Kauf selbst mitbringen: „In jedem Fall vermeiden wir so Unmengen von Müll, der derzeit durch die weggeworfenen Einmal-Becher entsteht“, betont Bratmann.

In anderen Städten, u.a. Wolfsburg und Hannover, wird ein solches Modell bereits erfolgreich erprobt, wie Annegret Ihbe, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, erläutert: „Als zusätzlichen Anreiz könnten die Gastronomen die Getränke, die in den Pfandbechern ausgegeben werden, um ein paar Cent vergünstigen.“ Dies beruhe aber auf Freiwilligkeit, ebenso wie die



Teilnahme der Betriebe an dem neuen System. Sollte der SPD-Antrag im Rat eine Mehrheit finden, wird die Verwaltung gemeinsam mit dem Braunschweiger Stadtmarketing und ALBA die Eckpunkte des Antrags in einem Konzept zusammenfassen, an dem die Braunschweiger Gastronomen teilnehmen können. „Ich bin mir sicher, dass es eine große Nachfrage geben wird“, freut sich Ihbe. „Es fehlt einzig noch ein kreativer Name für diesen neuen Becher.“



Christoph Bratmann,  
Fraktionsvorsitzender



Annegret Ihbe, wirt-  
schaftspol. Sprecherin

# »Ackerhofportal: SPD-Anfrage ermöglicht neues Konzept«

VON ROBIN KOPPELMANN

Die SPD-Ratsfraktion bringt Bewegung in die Diskussion um den Wiederaufbau des historischen Ackerhofportals im Magniviertel. So stellt die Verwaltung nach einer SPD-Anfrage die baldige Vergabe eines Gutachtens zu der generellen Zukunft der Eingänge und ehemaligen Portale im Magniviertel in Aussicht (Vorlage 18-08293-01).

Auch die Zukunft des Ackerhofportals wäre Teil eines solchen Gutachtens: „Nachdem sich die Verwaltung in den vergangenen Jahren in dieser Frage stets etwas zurückhaltend geäußert hat, wird nun von einer ‚er-

gebnisoffenen‘ Diskussion gesprochen. Das ist ein erster Schritt, auf den wir gemeinsam aufbauen können“, freut sich Nicole Palm, Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses der Stadt Braunschweig.

Palm hatte mit ihrer Anfrage für die SPD-Ratsfraktion die langjährigen Bemühungen aus dem Stadtbezirksrat Innenstadt aufgenommen, wonach das 1971 demonitierte Ackerhofportal wiederaufgebaut werden soll: „Dieser Wunsch besteht seit dem Jahr 2014, scheiterte aber bisher zumeist an den prognostizierten Kosten“, so Palm.

Diese Kostenschätzung soll in dem Gesamtgutachten nun an die aktuelle Situation angepasst werden, auch eine mögliche Sponsorensuche ist Teil der Bemühungen: „Wünschenswert wäre ein Wiederaufbau des ursprünglich 1772 gebauten Portals im Umfeld der historischen Stätte. Das Ackerhofportal mit seiner Form eines römischen Triumphbogens würde das Magniviertel baulich aufwerten und das historische Gesamtbild durch den Wiederaufbau des alten Eingangstores abrunden“, so Palm. Denn immerhin: Die alten Bestandteile des Portals sind noch heute katalogisiert und im Braunschweiger Bauhof eingelagert.



Nicole Palm, stv.  
Fraktionsvorsitzende



Fotos: Robin Koppelman (1), Klaus G. Kohn (1)

# Termine 2019

Dienstag, 22. Februar, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 2. April, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 21. Mai, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 25. Juni, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 17. September, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 12. November, 14 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Dienstag, 17. Dezember, 11 Uhr: Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig (Großer Sitzungssaal)

Zudem finden wöchentlich donnerstags zwischen 16 und 17 Uhr öffentliche Bürgersprechstunden mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion in der Fraktionsgeschäftsstelle statt (Rathaus Altbau, Raum A1.51). Die genauen Zeiten sind unter [www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de](http://www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de) jederzeit einsehbar. Anmeldungen: (0531) 470 - 2211.

---

## Impressum

Herausgeber:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig  
Telefon: 0531 470 - 2211  
E-Mail: [spd.fraktion@braunschweig.de](mailto:spd.fraktion@braunschweig.de)

Verantwortlich: Frank Flake;  
Redaktion: Christoph Bratmann, Matthias Disterheft, Annette Johannes, Robin Koppelman, Nicole Palm, Annette Schütze, Nadine Wunder, Nadja Zeitler;  
Layout: Robin Koppelman

Erscheinungstermine: quartalsweise. Preis: kostenfrei.